



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970

Empfehlungen

Wissenschaftsrat

Bonn, 1970

II. Schätzung des Finanzbedarfs für das Modell der Schüler- und
Studentenzahlen

urn:nbn:de:hbz:466:1-8308

annahmen steigt ihre Zahl von rd. 33 000 im Jahre 1969 auf rd. 60 000 im Jahre 1975. Nach den oberen Modellannahmen bleibt diese Zahl bis 1980 etwa konstant, nach den unteren Modellannahmen geht sie bis 1980 auf knapp 50 000 zurück. Für die Jahre 1970 bis 1976 wird somit die Zahl der deutschen Studienanfänger des Lehramtsstudiums insgesamt rd. 345 000 betragen, in den Jahren 1965 bis 1976 rd. 470 000.

- Die sich für die Jahre 1965 bis 1976 ergebende Studienanfängerzahl von 470 000 liegt um etwa ein Drittel über der unteren Grenze der Zahl der nach dem Modell in den Jahren 1969 bis 1980 erforderlichen Nachwuchskräfte (356 000) und um rd. 3 % unter der Zahl nach der oberen Grenze des Modells (484 000).

Die im Modell vorgesehenen Zahlen für die Studienanfänger des Lehramtsstudiums entsprechen somit dem Bedarf des Schulbereichs an Nachwuchskräften. Soll die erforderliche Lehrerzahl erreicht werden, so muß bei zunehmender Gesamtzahl der deutschen Studienanfänger die Zahl der Studienanfänger des Lehramtsstudiums überproportional steigen. Und zwar muß sich der Anteil dieser Studienanfänger an der Gesamtzahl der deutschen Studienanfänger von 31 % im Jahre 1969 auf 37 % im Jahre 1975 oder am Geburtsjahrgang gemessen von 4,4 % auf 7,5 % erhöhen. In den folgenden Jahren kann der Anteil bei weiterhin steigender Gesamtzahl der deutschen Studienanfänger wieder zurückgehen, und zwar bis 1980 auf 20 % der deutschen Studienanfänger oder auf 5 bis 6 % des Geburtsjahrgangs.

F. II. Schätzung des Finanzbedarfs für das Modell der Schüler- und Studentenzahlen

Um einen Überblick über den gesamten Finanzbedarf für den Schul- und Hochschulbereich im Jahre 1980 zu bekommen, wird — getrennt für die beiden Bildungsbereiche — nach drei Ausgabenarten geschätzt, nämlich nach Personalausgaben, sächlichen Verwaltungsausgaben und Ausgaben für Investitionen. Die Berechnung erfolgt einmal in Preisen von 1966, zum anderen unter Berücksichtigung von vorgegebenen Einkommens- und Preissteigerungen.

Bei der Schätzung der Personalausgaben müssen die Einkommensteigerungen je Beschäftigten, bei der Schätzung der säch-

lichen Verwaltungsausgaben und der Ausgaben für Investitionen die Entwicklung des Preisniveaus berücksichtigt werden. Die Einkommens- und Preissteigerungen lassen sich nur im Zusammenhang mit Annahmen über die Entwicklung des Brutto-sozialprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen der gesamten Volkswirtschaft beurteilen.

Im folgenden werden Annahmen benutzt, die auf Angaben der Bundesministerien für Wirtschaft und der Finanzen beruhen.

Die Ergebnisse der Berechnungen, die auf diesen Annahmen basieren, müssen entsprechend der tatsächlichen Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus, der Baupreise und der Einkommen ständig korrigiert werden.

Entwicklung
des Brutto-
sozialprodukts
und der Preise

Die durchschnittliche jährliche Zunahme des nominalen Brutto-sozialprodukts wird von den Bundesministerien für Wirtschaft und der Finanzen für das nächste Jahrzehnt auf 6 bis 6,5 % geschätzt. Dieser Schätzung liegen die Annahmen zugrunde, daß die durchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten bei der Arbeitsproduktivität (reales Brutto-sozialprodukt je Erwerbstätigen) 4 bis 4,5 %, bei der Zahl der Erwerbstätigen 0,3 % und beim gesamtwirtschaftlichen Preisniveau 1,5 bis 2 % betragen.

Einkommens-
steigerungen

Dieser Entwicklung entspricht eine durchschnittliche jährliche Zunahme der Bruttolohn- und Gehaltssumme je abhängig Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft von knapp 6 %. Bei der Schätzung der erforderlichen Personalausgaben für das Modell der Schüler- und Studentenzahlen wird daher mit einer jährlichen Zunahme des durchschnittlichen Einkommens der Erwerbstätigen im Bildungsbereich von 6 % gerechnet. Die Versorgungsausgaben bleiben unberücksichtigt.

Preisentwick-
lung der Sach-
mittel

Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben ist mit Preissteigerungen in Höhe der allgemeinen Preisentwicklung zu rechnen. Dennoch werden die sächlichen Verwaltungsausgaben als konstanter Anteil an den Personalausgaben ermittelt. Auf diese Weise geht eine bessere zukünftige Sachausstattung des Bildungsbereichs in die Berechnung ein.

Entwicklung
der Baupreise

Die durchschnittlichen jährlichen Preissteigerungen bei Bauten werden von den Bundesministerien für Wirtschaft und der Finanzen für das nächste Jahrzehnt auf 2 bis 3 % geschätzt. Bei der Ermittlung der Ausgaben für die erforderlichen Investitionen im Bildungsbereich wird mit Preissteigerungen von 3 % ge-

rechnet, ausgehend im Schulbereich von den Preisen 1966 und im Hochschulbereich von den Preisen 1969.

Der Abschreibungssatz für die Schul- und Hochschulbauten wird mit jährlich 2,5 % angenommen.

Abschreibungen

Im folgenden werden die für das Modell der Schüler- und Studentenzahlen erforderlichen fortdauernden Ausgaben (Personalausgaben und sächliche Verwaltungsausgaben), die Ausgaben für die erforderlichen Investitionen und eine Zusammenfassung des Finanzbedarfs des gesamten Bildungswesens bei einer Realisierung des Modells bis 1980 dargestellt.

II. 1. Schätzung der fortdauernden Ausgaben

a) Annahmen für die Schätzung der Personalausgaben

Bei der Schätzung der Personalausgaben wurde von den Personalausgaben je Beschäftigten ausgegangen. In Anlehnung an die Ergebnisse für 1966¹⁾ wurden die Personalausgaben je Beschäftigten in Preisen von 1966²⁾ für die einzelnen Bereiche des Bildungswesens wie folgt geschätzt (vgl. Tabelle 40, Bd. 3):

Personalausgaben je Beschäftigten

- 20 000 DM für den Schulbereich,
- 22 000 DM für das zwei- bis dreijährige Studium,
- 20 000 DM für das Lehramtsstudium,
- 18 000 DM für das vier- bis sechsjährige, das Aufbau- und das Kontaktstudium sowie für die Verwaltung,
- 13 000 DM für die Kliniken.

Die Personalausgaben je Beschäftigten liegen beim vier- bis sechsjährigen Studium etc. sowie bei den Kliniken niedriger als im Schulbereich, da der Anteil des nichtwissenschaftlichen Personals in diesem Bereich bedeutend höher ist.

Die Empfehlungen zur Lehrerausbildung schlagen vor, alle Lehrer mit wissenschaftlicher Ausbildung als Bedienstete des höheren Dienstes einzustufen³⁾. Dadurch steigen die Personalausgaben je Beschäftigten im Schulbereich um etwa 10 %. Nimmt man an, daß diese Empfehlung realisiert wird und daß die

1) Neuere Ereignisse liegen nicht vor.

2) Diesen Schätzungen liegt die Stellen- und Besoldungsstruktur des Jahres 1966 zugrunde.

3) Vgl. Anlage 1, Bd. 2, S. 43.

Personalausgaben je Beschäftigten jährlich um 6 % steigen, so ergeben sich für 1980 folgende Beträge:

- 49 700 DM für den Schulbereich,
- 49 700 DM für das zwei- bis dreijährige Studium,
- 45 200 DM für das Lehramtsstudium,
- 40 700 DM für das vier- bis sechsjährige, das Aufbau- und das Kontaktstudium sowie für die Verwaltung,
- 29 400 DM für die Kliniken.

b) Annahmen für die Schätzung der sächlichen Verwaltungsausgaben

Anteil der
sächlichen Ver-
waltungsaus-
gaben

Bei der Schätzung der sächlichen Verwaltungsausgaben wird unter Berücksichtigung der Entwicklung der Zahlen von 1957 bis 1967 und mit dem Ziel, die Ausstattung der Schulen und Hochschulen mit Sachmitteln zu verbessern, von folgenden Anteilsätzen der sächlichen Verwaltungsausgaben an den Personalausgaben ausgegangen (vgl. Tabelle 39, Bd. 3):

- 16 bis 20 % für den Schulbereich,
- 45 % für das zwei- bis dreijährige Studium und für die Verwaltung, Bibliothek etc. der Hochschulen,
- 60 % für das Lehramtsstudium,
- 75 % für das vier- bis sechsjährige, das Aufbau- und das Kontaktstudium,
- 65 % für die Kliniken.

Für den Schulbereich ergaben sich bisher außerdem fortdauernde Ausgaben für die allgemeine Verwaltung in Höhe von 4 % der Personal- und der sächlichen Verwaltungsausgaben. Ein entsprechender Zuschlag wird auch bei der folgenden Schätzung gemacht.

c) Fortdauernde Ausgaben für den Schul- und Hochschulbereich

In der folgenden Übersicht sind die für das Modell erforderlichen fortdauernden Ausgaben (ohne Elementarbereich) in Preisen von 1966 und in Preisen von 1980 den entsprechenden Haushaltsansätzen für das Jahr 1969 gegenübergestellt:

Bereich — Ausgabenart	Haus- haltsan- sätze 1969	Schätzung für 1980	
		in Preisen von 1966	in Preisen von 1980
Milliarden DM			
Fortdauernde Ausgaben des Schulbereichs	10,4	15,6 bis 21,7	38,7 bis 53,7
davon:			
Personalausgaben	•	13,0 bis 17,5	32,3 bis 43,4
sächliche Verwaltungs- ausgaben	•	2,6 bis 4,2	6,4 bis 10,3
Fortdauernde Ausgaben des Hochschulbereichs	3,5	6,3 bis 7,1	14,1 bis 15,9
davon:			
Personalausgaben	•	3,9 bis 4,4	8,8 bis 9,9
sächliche Verwaltungs- ausgaben	•	2,4 bis 2,7	5,3 bis 6,0
außerdem:			
Ausgaben für die Studienförderung	0,3	5,2 bis 6,2	8,0 bis 9,4
davon für			
Aufbaustudium	•	0,5 bis 0,8	1,0 bis 1,4
familienunabhängige Förderung des Studiums	•	4,7 bis 5,4	7,0 bis 8,0
Fortdauernde Ausgaben des Schul- und Hochschulbereichs (ohne Studienförderung)	14,2	21,9 bis 28,8	52,8 bis 69,6
davon:			
Personalausgaben	•	16,9 bis 21,9	41,1 bis 53,3
sächliche Verwaltungs- ausgaben	•	5,0 bis 6,9	11,7 bis 16,3

Besondere Aufwendungen für die Forschung sind bei der Schätzung der fortdauernden Ausgaben für den Hochschulbereich nicht berücksichtigt worden.

Für den Schul- und Hochschulbereich insgesamt werden somit 1980 fortdauernde Ausgaben

- ohne die Ausgaben für eine familienunabhängige Förderung des Studiums in Höhe von 53,8 bis 71,0 Milliarden DM (in konstanten Preisen 22,4 bis 29,6 Milliarden DM) und
- einschließlich der Ausgaben für eine familienunabhängige Förderung des Studiums in Höhe von 60,8 bis 79,0 Milliarden DM (in konstanten Preisen 27,1 bis 35,0 Milliarden DM) benötigt.

Die Zunahme der fortdauernden Ausgaben 1980 gegenüber 1969 ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Bereich	Zunahme der fortdauernden Ausgaben 1980 gegenüber 1969					
	in Preisen von 1966			in Preisen von 1980		
	Milliarden DM	%	Milliarden DM	%	Milliarden DM	%
Schulbereich	5,2 bis 11,3	50,0 bis 108,7	28,3 bis 43,3	272,1 bis 416,3		
Hochschulbereich einschl. Förderung des Aufbaustudiums						
ohne familienunabhängige Förderung des Studiums	3,0 bis 4,1	78,9 bis 107,9	11,3 bis 13,5	297,4 bis 355,3		
mit familienunabhängiger Förderung des Studiums	7,7 bis 9,5	202,6 bis 250,0	18,3 bis 21,5	481,6 bis 565,8		
Schul- und Hochschulbereich einschl. Förderung des Aufbaustudiums zusammen						
ohne familienunabhängige Förderung des Studiums	8,2 bis 15,4	57,7 bis 108,5	39,6 bis 56,8	287,9 bis 400,0		
mit familienunabhängiger Förderung des Studiums	12,9 bis 20,8	90,8 bis 146,5	46,6 bis 64,8	328,2 bis 456,3		

II. 2. Schätzung der Ausgaben für Investitionen

a) Annahmen für den Schulbereich

Bei der Schätzung der erforderlichen Ausgaben für Investitionen sind sowohl die Ausgaben für zusätzlich erforderliche Räume (Erweiterungsbedarf) als auch die Ausgaben für zu ersetzende Räume des Bestands (Ersatzbedarf) zu berücksichtigen. Bei der Schätzung wurde von folgenden Überlegungen ausgegangen:

- Rechnet man die Teilzeitschüler in Vollzeitschüler um, so wird sich die Zahl der Vollzeitschüler nach dem Modell bis 1980 gegenüber 1967 je nachdem, ob die untere oder die obere Grenze zugrunde gelegt wird, um 3 688 300 oder 3 869 300 erhöhen, und zwar

im Primarbereich und in der Sekundarstufe I um
3 493 700,

in der Sekundarstufe II um 194 600 oder 375 600.

Nimmt man an, daß der vorhandene Raumbestand für die derzeitige Schülerzahl ausreicht, so sind für diese Schüler neue Räume zu schaffen.

- Bei einer Ersatzbedarfsquote von jährlich 2,5 % sind von dem 1967 gegebenen Bestand bis 1980 32,5 % zu ersetzen und somit für 2 850 200 Schüler neue Plätze zu schaffen, und zwar für

2 344 000 Schüler des Primarbereichs und der Sekundarstufe I und für

506 200 Schüler der Sekundarstufe II.

- Insgesamt sind somit in den Jahren bis 1980 für 6 538 500 bis 6 719 500 Schüler neue Plätze zu schaffen, und zwar für 5 837 700 Schüler des Primarbereichs und der Sekundarstufe I und für

700 800 bis 881 800 Schüler der Sekundarstufe II.

Ein zusätzlicher Bedarf, der sich aus einer Änderung des heutigen Schulsystems ergibt, ist in diesen Zahlen nicht enthalten.

- Die Investitionskosten für einen Schülerplatz in Preisen von 1966 können an Hand von Erfahrungssätzen auf

6 100 DM für den Primarbereich und die Sekundarstufe I und auf

7 800 DM für die Sekundarstufe II

geschätzt werden ¹⁾).

Zusätzliche
Schülerplätze

Investitions-
kosten je
Schülerplatz

¹⁾ Vgl. auch: Rationalisierung im Schulbau, Empfehlungen des Arbeitskreises Schulhaus- und Sportstättenbau des Kultusministeriums Baden-Württemberg. Villingen 1968. S. 35 ff.

b) Annahmen für den Hochschulbereich

Bei der Schätzung der voraussichtlich erforderlichen Ausgaben für Investitionen im Hochschulbereich in den Jahren 1969 bis 1980 wird von folgenden Überlegungen ausgegangen:

— Die begonnenen und noch nicht fertiggestellten Bauten der wissenschaftlichen Hochschulen hatten 1970 ein Kostenvolumen von rd. 10,1 Milliarden DM¹⁾, von denen bis 1969 rd. 4,1 Milliarden DM bereitgestellt wurden, so daß hierfür in den Jahren ab 1970 noch 6 Milliarden DM erforderlich sind. Es wird angenommen, daß die bis Mitte 1970 vorgesehenen Mittel für Studienplätze für die 1969 vorhandenen Studenten erforderlich waren und für die Mittel, die ab Mitte 1970 ausgegeben werden, zusätzliche Studienplätze entstehen.

— Im September 1969 wurde vom Wissenschaftsrat eine Raumbestandserhebung bei den Hochschulen eingeleitet. Wenn die Ergebnisse dieser Erhebung vorliegen, wird eine Bewertung des derzeitigen Raumbestands möglich sein. Bis dahin wird angenommen, daß die Ende 1969 vorhandenen Flächen zuzüglich der Erweiterung durch die Finanzierung bis Mitte 1970 bei optimaler Nutzung für die Studentenzahl des Wintersemesters 1969/70 ausreichen.

Zusätzliche
Zahl an
Studenten

— Ausgehend von dieser Annahme sind neue Flächen für folgende Studentenzahlen zu schaffen:

zwei- bis dreijähriges Studium	303 500 bis 370 500
Lehramtsstudium	64 200 bis 89 200
vier- bis sechsjähriges, Aufbau- und Kontaktstudium	73 800 bis 129 800
zusammen	441 500 bis 589 500.

— Das Verhältnis der Zahl der Studenten der Geisteswissenschaften zur Zahl der Studenten der Natur- und Ingenieurwissenschaften betrug im Bereich der wissenschaftlichen Hochschulen 1950 etwa 1 : 1, im Jahre 1966 dagegen 3 : 2, im Bereich der übrigen Hochschulen im Durchschnitt 1 : 1. Für die zusätzlich zu schaffenden Studienplätze wird hier allgemein ein Verhältnis von 1 : 1 angenommen.

Fläche je
Student

— Die je Student erforderliche Hauptnutzfläche kann in Anlehnung an die Flächenrichtwerte (Anlage 9, Bd. 2, S. 404 ff.) wie folgt geschätzt werden:

1) Stand April 1970.

- | | | |
|--|-------|--|
| Geisteswissenschaften (alle Ausbildungsgänge) | 6 qm | |
| Natur- und Ingenieurwissenschaften | | |
| beim zwei- bis dreijährigen Studium | 15 qm | |
| beim Lehramtsstudium | 19 qm | |
| beim vier- bis sechsjährigen, Aufbau- und Kontaktstudium | 23 qm | |
- Die Baupreise (Baukosten und Erstausrüstung) können für 1969 je qm Hauptnutzfläche wie folgt angesetzt werden (vgl. auch Anlage 9, Bd. 2, S. 411):
- | | | |
|--|-------------|-----------------|
| Geisteswissenschaften (alle Ausbildungsgänge) | 2 200 DM/qm | Baupreise je qm |
| Natur- und Ingenieurwissenschaften | | |
| beim zwei- bis dreijährigen Studium | 3 200 DM/qm | |
| beim Lehramtsstudium | 3 400 DM/qm | |
| beim vier- bis sechsjährigen, Aufbau- und Kontaktstudium | 3 800 DM/qm | |
- Werden die zusätzlichen Studienplätze in neuen Baukomplexen bestehender Hochschulen geschaffen, so ist ein Zuschlag zu den Baupreisen in Höhe von 50 % zu machen; bei neuen Hochschulen beträgt der Zuschlag 100 %. Diese Zuschläge sind u. a. für Grundstückskäufe, für Erschließung, für zentrale Einrichtungen (Bibliothek, Mensa etc.) sowie für die allgemeinen Versorgungseinrichtungen erforderlich. Bei der Ermittlung der Ausgaben wird mit Durchschnittssätzen von 75 % und 80 % gerechnet.
- Die Ausgaben für Klinikbauten werden auf rd. 5 Milliarden DM geschätzt.
- Für die Ermittlung der Ausgaben für Investitionen in jeweiligen Preisen ist eine Verteilung auf die einzelnen Jahre erforderlich. Sie findet hier nach folgenden Gesichtspunkten statt:
- Es wird angenommen, daß zu Beginn eines jeden Wintersemesters eine zusätzliche Fläche nutzbar wird, die der zusätzlichen Studentenzahl entspricht.
 - Die Entwicklung der Studentenzahlen bis 1975 wird an Hand der Schülerzahlen 1968 geschätzt, die Entwicklung von 1976 bis zu den Modellannahmen für 1980 interpoliert (vgl. Anlage 6, Bd. 2, S. 372 ff.).
 - Die Finanzierung der zusätzlichen Flächen erfolgt zu gleichen Teilen in drei Jahren, und zwar vom Jahr vor bis zum Jahr nach der Fertigstellung.

- Die Ausgaben, die für die 1970 bis 1972 neu zu schaffenden Flächen erforderlich sind, werden wie folgt verteilt: Für 1970 wird eine Milliarde DM angesetzt. Von dem Rest der Ausgaben wird je ein Drittel den Jahren 1971 bis 1973 zugerechnet.
- Die für Klinikbauten erforderlichen Mittel wurden gleichmäßig auf die Jahre 1971 bis 1981 verteilt.

c) Investitionsausgaben für den Schul- und Hochschulbereich

Im folgenden werden die für die Realisierung des Modells bis 1980 erforderlichen Ausgaben für Investitionen angegeben. Die Zahlen für den Schulbereich beziehen sich auf die Jahre 1968 bis 1980, für den Hochschulbereich auf die Jahre 1970 bis 1980.

Bereich	Erforderliche Ausgaben für Investitionen	
	in Preisen von 1966 ¹⁾ bzw. 1969 ²⁾	in jeweiligen Preisen
	Milliarden DM	
Schulbereich	41 bis 42	52 bis 54
Hochschulbereich	34 bis 44	41 bis 54
I n s g e s a m t	75 bis 86	93 bis 108

1) Schulbereich.

2) Hochschulbereich.

Jährliche
Investitions-
ausgaben

Im Schulbereich sind somit in den Jahren 1968 bis 1980 ohne Berücksichtigung von Preissteigerungen jährliche Investitionsausgaben von rd. 3 Milliarden DM (in Preisen von 1966) erforderlich. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Preissteigerung von 3 % müssen die jährlichen Investitionsausgaben bis 1980 auf rd. 5 Milliarden DM steigen.

Für den Hochschulbereich werden die Investitionsausgaben 1970 auf rd. 2 Milliarden DM geschätzt. Bei der unteren Grenze des Modells sind in den Jahren 1971 bis 1980 Investitionsausgaben in Preisen von 1969 zwischen jährlich 2,2 und 4,7 Milliarden DM erforderlich. Unter Berücksichtigung von Baupreissteigerungen ¹⁾ liegen die Jahresbeträge zwischen 2,3 und 5,3 Milliarden DM.

1) Vgl. S. 152 f.

Soll die obere Grenze des Modells realisiert werden, so müssen die jährlichen Investitionsausgaben für die Hochschulen ständig steigen, und zwar

- in Preisen von 1969 auf rd. 6 Milliarden DM für 1980,
- in jeweiligen Preisen auf rd. 8 Milliarden DM für 1980.

II. 3. Finanzbedarf des gesamten Bildungswesens

Für die Schulen und Hochschulen ergeben sich für das Jahr 1980 im Vergleich zu den Haushaltsansätzen 1969 folgende Gesamtausgaben:

Jahr	Ausgaben des Bildungswesens		
	insgesamt	davon für	
		Schulen	Hochschulen 1)
Milliarden DM			
Haushaltsansätze 1969	19,9	14,1	5,8
Finanzbedarf 1980 in konstanten Preisen	33,6 bis 43,9	18,8 bis 24,9	14,8 bis 19,0
in jeweiligen Preisen	70,3 bis 92,1	43,5 bis 58,6	26,8 bis 33,5

1) einschl. Studienförderung.

Gemessen am Bruttosozialprodukt (1969 rd. 600 Milliarden DM, 1980 rd. 1 140 Milliarden DM) bedeutet dies eine Erhöhung von 3,3 % im Jahre 1969 auf 6,2 bis 8,1 % im Jahre 1980, und zwar

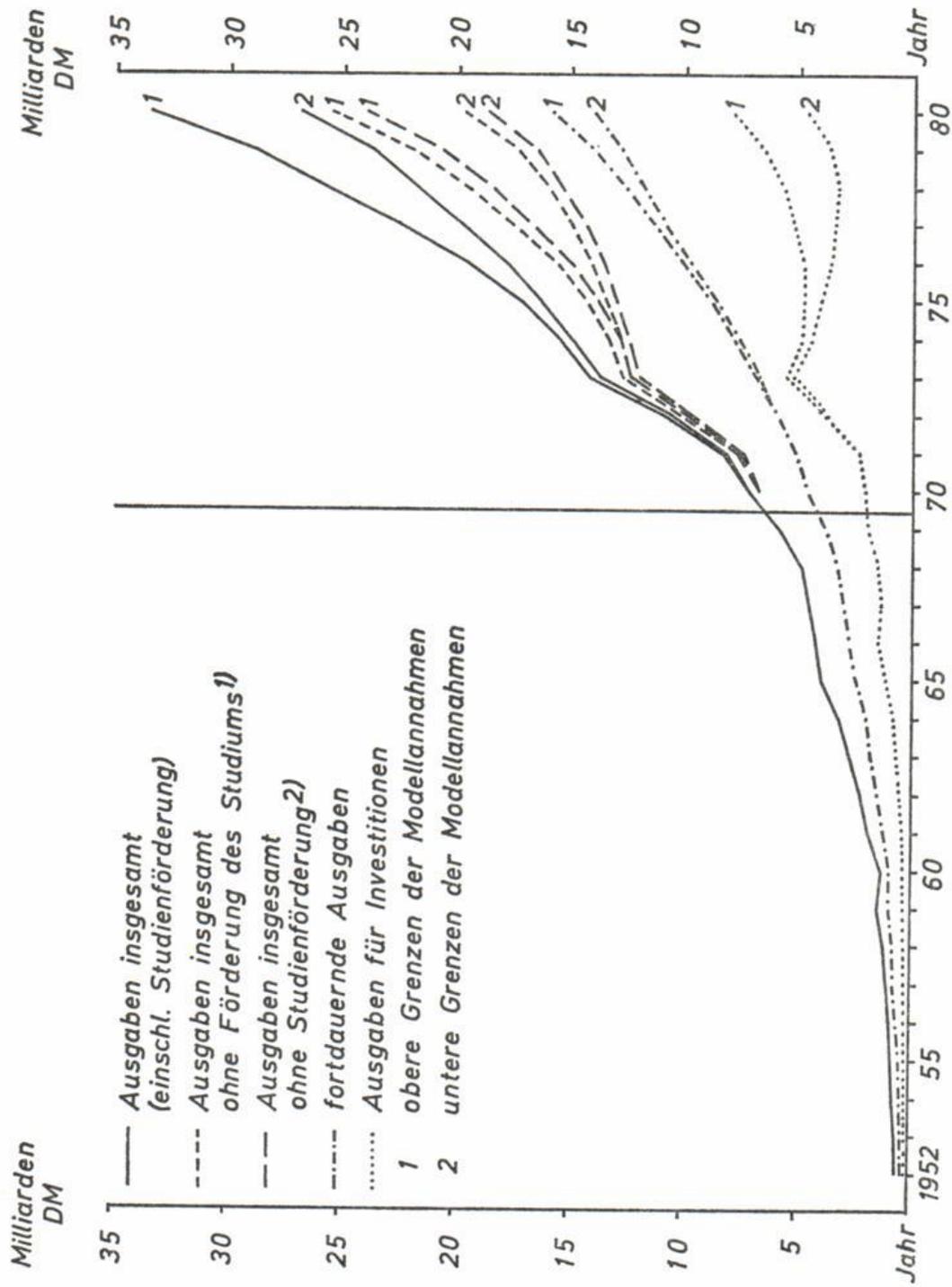
- für den Schulbereich von 2,4 % auf 3,8 bis 5,1 %,
- für den Hochschulbereich von 1,0 % auf 2,4 bis 2,9 %.

Geht man davon aus, daß der Anteil der Ausgaben der Gebietskörperschaften am Bruttosozialprodukt konstant bleibt (etwa 30 bis 33 %), so ergeben sich für 1980 öffentliche Ausgaben in Höhe von etwa 340 bis 380 Milliarden DM. Der Anteil der Bildungsausgaben in den Haushalten der Gebietskörperschaften würde dann von rd. 11 % im Jahre 1969 auf 21 bis 24 % im Jahre 1980 steigen. Andere vergleichbare Industrienationen haben einen entsprechenden Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamthaushalten bereits erreicht (vgl. Tabelle 59, Bd. 3).

Anteil am
Bruttosozial-
produkt

Anteil an den
öffentlichen
Ausgaben

Abbildung 5
Ausgaben für den Hochschulbereich 1952 bis 1980
in jeweiligen Preisen



1) aber einschließlich Förderung des Aufbaustudiums.
2) d. h. ohne Förderung des Studiums und des Aufbaustudiums.